

Nordenstadt Nachrichten

30. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Januar/Februar 2006

SPD-Spitzenkandidat für den Ortsbeirat

Der Spitzenkandidat der SPD für den Ortsbeirat Gerhard Uebersohn (50 Jahre, verheiratet, 2 Kinder) ist wegen der guten Infrastruktur 1996 mit Familie nach Nordenstadt gezogen. Hier gibt es eine Grundschule, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten und gute Busverbindungen in die Innenstadt. Und was von besonderem Reiz ist: Obst und Gemüse kann man frisch vom Erzeuger kaufen. Mittlerweile ist Gerhard Uebersohn zum treuen Kunden der Ortslandwirte geworden.

Zunächst war er vier Jahre Elternbeirat in der Grundschule und hat sich dort für den gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht behinderte Kinder eingesetzt. In der Schulkonferenz forderte er für die Schüler das "Recht auf Toben", nicht unbedingt zum Vergnügen der Lehrerinnen. Seit 1997 ist er im Elternbeirat der Helene-Lange-Schule aktiv.

2001 wurde Gerhard Uebersohn in den Ortsbeirat gewählt. Ab 2004 ist er Stadtteiljugendbeauftragter. Er leitet den 2004 gegründeten Arbeitskreis "Kinderfreundliches Nordenstadt". Der Arbeitskreis hat sich mit Erfolg um sichere Schulwege gekümmert. Frisch erschienen ist eine Broschüre über alles, was für Familien, Kinder und Jugendliche in Nordenstadt wichtig ist. Beispielsweise haben alle Vereine die Möglichkeit erhalten, sich vorzustellen. Die Broschüre ist in der Ortsverwaltung erhältlich. 2006 sollen zusammen mit Schulkindern "Schleichwege für Radfahrer" erkundet werden, die Nordenstadt mit den weiterführenden Schulen verbinden.

Von Beruf ist Gerhard Uebersohn Jurist mit den Schwerpunkten Europa- und Umweltrecht. Seit 1977 ist er gewerkschaftlich organisiert. Nach der Explosion des Atomkraftwerks in Tschernobyl 1986 ist er Mitglied im Ökoinstitut Freiburg geworden. Das Ökoinstitut erarbeitet die naturwissenschaftlichen Grundlagen für die Umweltpolitik. Diese Arbeit muss gestärkt werden, denn im Konfliktfall hilft die juristische Argumentation nicht weiter. Auch die Feinstaubdebatte des Jahres

2005 hat gezeigt, wie wichtig das Wissen um die Gesundheitsgefahren ist, um die Verwaltung zum Handeln zu bringen und um in der Bevölkerung Verständnis für notwendige Maßnahmen zu wecken.

Gerhard Uebersohn kandidiert auch für das Stadtparlament und ist dort auf Listenplatz 37 nominiert. Er will sich im Stadtparlament für Umweltschutz einsetzen sowie sich mit Verkehrspolitik und Stadtentwicklung beschäftigen.

Seine Hobbys sind Solarenergie, Radfahren und Boule spielen (wozu mitunter auch ein Glas Rotwein gehört - zum Boule spielen natürlich!). Am Tag der Deutschen Einheit nimmt er regelmäßig an den Boule-Turnieren der CDU in Nordenstadt teil; besonders freut ihn, dass er dort schon einmal den ersten Platz errungen hat.

Kontaktscheuheit zum "politischen Gegner" kennt er nicht. Deutet sich auch da eine große Koalition an? Keineswegs. Verkehrspolitisch steht die CDU noch in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Nordenstadt hat sich seitdem geändert, und auch die Verkehrsverhältnisse haben sich gewandelt. Dem muss Rechnung getragen werden. Wir brauchen neue Konzepte, die den enorm gestiegenen Autoverkehr berücksichtigen. Die Ortsumgehung durch den Ausbau der Straße zum Golzenberg ist ein Anfang. Ungelöst sind die unhaltbaren Zustände in der Oberfortstraße und im Wallauer Weg. Ein Stadtteilverkehrsplan ist dringend notwendig. Der Plan muss von Fachleuten erarbeitet werden und ist anschließend intensiv mit den Nordenstädter Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen. Denn es wird Zielkonflikte geben. Und über Zielkonflikte müssen die Betroffenen selbst entscheiden.

Die weiteren Kandidat/innen der SPD für den Ortsbeirat Nordenstadt sind: Alexander Sloty, Klaus Büttner, Detlef Exner, Stefanie Nowak, Klaus-Dieter Jung, Hermann Pappe, Erika Büttner, Paul Hüllenhütter und Sonja Elpelt. Wir werden sie in der nächsten Ausgabe der Nordenstadt Nachrichten kurz vorstellen.

Mehr Leben wagen



Für Fremde besteht Nordenstadt aus dem Gewerbegebiet an der A 66, wo man preiswert einkaufen kann. Bundesweit bekannt geworden ist Nordenstadt durch den Lampenrichter. Das Image als Schlafstadt und Einkaufsziel wird dem Wiesbadener Stadtteil aber nicht vollends gerecht.

Wir haben immerhin zu bieten: das Tollhaus und das Tanz-Lokal 33. Für die Jugendlichen gibt es das Aquarium, die Halbpfeife und die Basketballkörbe am Vitiscenter.

Zahlreiche Vereine sind aktiv, siehe die Broschüre "Was ist los?" vom Arbeitskreis kinderfreundliches Nordenstadt.

Der Bolzplatz an der Tausnushalle ist allerdings kaum noch zu gebrauchen. Die neuen Wohngebiete am Wallauer Weg und der Senefelder Straße brauchen noch Plätze zum Toben und Spielen.

Geschäfte geben auf und nichts kommt nach. Dies gilt für den HL, aber auch für den Laden neben dem Frisör Thümmeler. Einkaufen ist ohne Auto kaum noch möglich. Bringdienste als Marktlücke sind aber bereits entdeckt. Der Toto-Lotto-Laden in der Junkernstraße plant, einen Einkaufsservice anzubieten, der bestellte Ware nach Hause liefert.

Ein Café am Spielplatz Horchheimer Wiese wäre eine Bereicherung.

Optimistisch stimmt, dass in Nordenstadt - im Gegensatz zu Igstadt und Auringen - ohne Proteste der Anwohner eine Boulebahn errichtet werden konnte. Vertragen die Einwohner Nordenstadts mehr Leben? Viele wünschen das. Die Kommunalpolitik ersetzt keine Initiativen aus der Bevölkerung, hat aber die Aufgabe, Vereine, Geschäftsleute zu unterstützen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Neujahrsansprache uns alle aufgerufen, mehr Freiheit zu wagen. Willy Brandt prägte die Devise: Mehr Demokratie wagen. Und der Stadt Wiesbaden könnte es nicht schaden, wenn schlichtweg mehr Leben in die Bude käme.

G.U.

Unbeschwert reisen: EU stärkt die Rechte für Behinderte und Personen mit eingeschränkter Mobilität

Sie kennen das: die Beine sind schwer, die Arme lang vom Koffertransport zum Flughafen. Endlich sind sie am Abfertigungsschalter und warten geduldig in der langen Schlange. Jetzt nur noch den bis an die Gewichtsgrenze belasteten Boardcase den langen Weg zum Flugschalter, weiter mit dem Bus zum Flugzeug, dann an Bord und dort ins Gepäckfach bringen. Dasselbe dann am Ankunftsort noch einmal, nur anders herum, meistens sogar über eine längere Wegstrecke, als am Abflugort.

Da schauen Sie dann vielleicht doch schon Mal etwas neidisch, wenn ein Electrocar mit zwei Personen darauf leise und zielstrebig dieselbe Wegstrecke zurücklegt, seine Passagiere am Flugschalter absetzt, diese dann vor allen anderen zum und ins Flugzeug begleitet werden und schon gemütlich Platz genommen haben, während Sie selbst sich, schon leicht angenervt, noch zu Ihrem Platz durchkämpfen.

Doch Vorsicht! Denken Sie in diesem Moment nur kurz nach, wie viel einfacher es ist, alle diese Wege und Handlungen selbst bewältigen zu können, ohne auf technische oder fremde persönliche Unterstützung hier oder im sonstigen Alltag angewiesen zu sein, dann werden Sie sicher darüber sehr froh und Ihr Anflug von Neid sofort verfliegen sein.

Jährlich müssen mehr als 10 Millionen Menschen an europäischen Flughäfen Unterstützungsleistungen in technische Form oder von Hilfspersonal in Anspruch nehmen. Niemand von uns wird ernstlich der Auffassung sein, dass diese Menschen lieber auf Flugreisen verzichten sollten. Sie haben ebenso ein Recht auf Mobilität, wie alle anderen Menschen.

Dieser Auffassung ist auch die Europäische Union. Dem Anlass angemessen erfreulich schnell einigten sich bereits in erster Lesung das Europäische Parlament und die Europäische Kommission im Dezember 2005 auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Verordnung, die Behinderten und Personen mit eingeschränkter Mobilität mehr Rechte bei Flugreisen bringen wird. Die Verordnung zielt auf einen großen Personenkreis wie Blinde, Sehbehinderte, Taube, Schwerhörige und solche Menschen, die eine geistige Behinderung haben. Ihnen darf die Beförderung grundsätzlich nicht verweigert werden, außer in Fällen, in denen gesetzlich fest gelegte Sicherheitsanforderungen dagegen stehen oder technische Hindernisse wie die Größe des Flugzeuges oder seiner Eingänge eine Anbordnahme nicht zulassen.

Die Verordnung gilt für alle Flughäfen mit mehr als 150 000 Passagieren pro Jahr. Sie regelt ausdrücklich, dass »notwendige Hilfsleistungen« nur solche sind, die sich auf mit dem Flug unmittelbar zusammenhängende

Kultur und Reisen

100 JAHRE
NaturFreunde
1905 2005 DEUTSCHLANDS



Eine Urlaubsreise
der NaturFreunde
nach Masuren

Ortsgruppe Wiesbaden



Polen, eines der neuen Länder der EU, ist zum Geheimtipp für Urlaubsreisen avanciert. Unberührte Natur auf der einen Seite und bezaubernde, gut und einfühlsam restaurierte Metropolen bestimmen das Bild. Unter dem Motto "Kultur und Wandern" bieten die NaturFreunde Wiesbaden vom 5. bis 14. Mai 2006 eine Urlaubsreise nach Masuren an. Das Programm sieht neben Besichtigungen, unter anderem von Breslau, Warschau, Allenstein, Marienburg, auch kleinere bis mittlere Wanderungen vor. Die Reise kostet ab 860,- € im Doppelzimmer und beinhaltet u.a. Halbpension, Flug mit Lufthansa von Frankfurt nach Warschau und zurück, Reiserücktrittskostenversicherung, Eintritte bei gemeinsamen Besichtigungen. Die NaturFreunde Wiesbaden, welche diese Reise anbieten, sind eine von über

700 Ortsgruppen in ganz Deutschland, die sich mit Natur und Umwelt im weiteren Sinne auseinandersetzen. Die NaturFreunde Deutschlands - Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur setzen sich seit 100 Jahren ein für eine offene Welt mit sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen und für eine nachhaltige und ökologische Produktions- und Lebensweise. In Deutschland engagieren sich 100.000 NaturFreunde in verschiedenen Fachbereichen, entwickeln und gestalten Kampagnen und Projekte. Die Naturfreunde Häuser sind offene Stätten der Begegnung und Zentrum für die Aktionen der NaturFreunde.

Kontakt für Rückfragen und weitere Informationen bei Werner Wahler, Telefon: +49 (0)6122 6727

Situationen erstrecken. Die persönliche Anreise zum Flughafen oder Transfers am Ankunftsort sind davon ausgenommen. Somit umfassen »notwendige Leistungen« u.a. den Transport vom Abfertigungsschalter zum Flugschalter, die Erledigung der Abfertigung, das Besteigen und Verlassen des Flugzeuges, den Gang zur Toilette, die Abfertigung aller notwendigen Ausrüstungen wie z.B. Rollstühle (Voranmeldung 48 Stunden und genügend Platz an Bord vorausgesetzt). Die notwendigen Leistungen sind unmittelbar kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Kosten werden über ein speziell-

les Umlageverfahren von den Fluggesellschaften getragen. Die Verordnung wird voraussichtlich im April 2006 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und dann in Stufen ab 2007 bzw. 2008 verpflichtend angewendet werden müssen. Im Vorgriff darauf müssen schon jetzt die notwendigen Dienstleistungen aufgebaut und technische Hilfen erprobt werden. Insgesamt rechnet man allein für Deutschland mit etwa 90 000 Arbeitsplätzen, die direkt oder indirekt durch die neuen Dienste entstehen oder gesichert werden.

Nils Jensen, Brüssel

Kinder Kinder Kinder

Für eine bedarfsgerechte Ausweitung im Krippen- und im Hortbereich habe Sozialdezernent Wolfgang Hessenauer bereits ein Konzept vorgelegt, über das bei den Haushaltsberatungen zu entscheiden sei, kündigt die SPD-Fraktionsvorsitzende an.

„Bei Kinderbetreuung und Familienförderung geht die Wiesbadener SPD voran. Wenn sich die CDU nach anfänglichem Zaudern nun auch auf diesen Weg begibt, ist das ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eltern erster oder zweiter Klasse wird es mit uns nicht geben.“

Auf die bundesweite Diskussion über eine stärkere Förderung von Kindern und Familien hat die Wiesbadener SPD eine klare Antwort. Innerhalb der nächsten vier Jahre wollen wir die Kindergartenbeiträge in unserer Stadt halbieren. Die SPD hat sich schon im November auf das Ziel der völligen Beitragsfreiheit festgelegt. Damals gab es noch heftige Kritik der Wiesbadener CDU an unseren Plänen.

Die SPD hält natürlich daran fest, dass Eltern in Zukunft für einen Kindergartenplatz nicht mehr zur Kasse gebeten werden sollen. Dieses Ziel wollen wir schrittweise erreichen, aber so schnell wie möglich. Entgegen ursprünglicher Schätzungen

liegt der Finanzbedarf für die geplante Halbierung der Beiträge deutlich unter 3 Millionen Euro. „Damit könnten wir die Beitragsfreiheit schon in der nächsten Wahlperiode in Angriff nehmen,“ so Elke Wansner.

Das Zwei-Klassen-Modell, das die CDU neuerdings fordert, lehnen wir ab. Nach dem Muster der Kopfpauschale sollen alle Eltern unabhängig vom Einkommen den gleichen Beitrag für einen Ganztagsplatz bezahlen. Wir wollen Berufstätige, die auf ein Ganztagsangebot angewiesen sind, nicht extra abkassieren. Eine Befreiung nur für vier Stunden (wie von der CDU geplant) ist völlig unzureichend - selbst für die, die halbtags tätig sind. Unsere Unterstützung gilt allen Familien und Alleinerziehenden in gleichem Maß, eine Unterscheidung wie bei der CDU ist weder gerecht noch sinnvoll.

Ein Verzicht auf sozial gestaffelte Zuschüsse für Eltern mit geringem Einkommen wird von der SPD grundsätzlich abgelehnt. Beitragspflichtige Betreuungsangebote müssen auch in Zukunft für die zur Verfügung stehen, die sich den Vollbeitrag nicht leisten können.

Unser Ziel ist es, dass alle Kinder möglichst früh den Kindergarten besuchen. Nur so können vorhandene Defizite früh erkannt und die Kinder gezielt gefördert werden.

Gerade die Familien sind von den hohen Lebenshaltungskosten in Wiesbaden stark betroffen. Die Entscheidung über den Kita-Besuch ist deshalb auch eine Frage des Geldes, selbst wenn die niedrigen Einkommen einen städtischen Zuschuss erhalten.

Letztlich wollen wir den Kindergartenplatz beitragsfrei anbieten.

Sozialdezernent Wolfgang Hessenauer bereitet zugleich eine Ausweitung des Krippenangebotes vor. Wiesbaden steht bei den Krippenplätzen vergleichsweise gut da, aber das Angebot reicht noch lange nicht aus. Viele Eltern, vor allem Alleinerziehende, können eine lange Elternzeit wirtschaftlich nicht verkraften. Eine längere Auszeit ist allzu oft auch mit beruflichen Nachteilen verbunden.

Für die älteren Kinder soll eine echte Ganztagsbetreuung an Grundschulen realisiert werden. Hier ist ein hortähnliches Angebot geplant, das in den späten Nachmittag hinein reicht und auch die Schulferien teilweise abdeckt.

Mit diesem Programm rücken wir die Kinderbetreuung und Familienförderung stärker in den Mittelpunkt der Stadtpolitik. Auch darüber entscheiden Sie bei der Kommunalwahl am 26. März.

Ruth Akasoy

Mehr Kinder. Bessere Bildung. Starke Familien. Wir sichern Deutschlands Zukunft.

Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft - sozial, wirtschaftlich und kulturell.

Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und wachstumsorientierte Gesellschaft sein.

WIR STEHEN FÜR EINE MODERNE FAMILIEN- UND BILDUNGSPOLITIK.

■ Die SPD steht für eine Familienpolitik, die es jungen Männern und Frauen leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden.

■ Alle Kinder müssen den gleichen Zugang zu guter Betreuung und Bildung von Anfang an haben. Kein Kind darf zurückgelassen werden.

UNSERE BAUSTEINE FÜR EINE KONSEQUENTE FAMILIENFÖRDERUNG.

■ Ab 2010 sollen für Kinder unter drei

Jahren bedarfsgerecht Betreuungsplätze in Krippen, Kindergärten oder der qualifizierten Tagespflege zur Verfügung stehen.

■ Wir halten an unserem Ziel fest, dass alle Kinder - wie jetzt schon in Rheinland-Pfalz - das Recht auf einen Kindergartenplatz haben. Das letzte Kindergartenjahr soll künftig kostenlos sein.

■ Wir wollen die Zahl der Ganztags-schulen weiter steigern.

■ Wir wollen familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Niemand soll um seinen Arbeitsplatz oder seine Karriere fürchten, weil er/sie Kinder groß zieht.

■ Wir halten am Kinderzuschlag fest, mit dem wir seit Beginn 2005 Familien mit geringem Einkommen finanziell stärken.

■ Wir begrüßen, dass das von uns geforderte Elterngeld 2007 eingeführt wird. Ab dann erhält das Elternteil, das den Beruf unterbricht, für ein Jahr 67 % des letzten Nettoeinkommens (max. 1.800 Euro monatlich).

■ Wir begrüßen, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungs-kosten erheblich verbessert werden soll.

► Im Gegensatz zur Union sind wir aber der Meinung, dass die Kosten für alle Kinder bis 14 Jahren vom ersten Euro an von der Steuer absetzbar sein sollen. Bislang ist vorgesehen, dass für Kinder bis sechs Jahren Kosten erst ab 1.000 Euro absetzbar sind. Dies ist ungerecht und benachteiligt Geringverdiener und Alleinerziehende.

Zukunft für Kinder – Zukunft mit mehr Kindern.



vbw Das neue vbw-Programm ist erschienen

Semesterschwerpunkt: "Entdeckung der Zeit"

Das neue gemeinsame Frühjahrsprogramm des vbw Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim und des vbw Bierstadt ist erschienen. Erfolgreich zertifiziert durch "Weiterbildung in Hessen" bieten die beiden eng kooperierenden Bildungseinrichtungen in ihrem Programm wieder über 300 Kurse, die breite Programmpalette reicht von Sprachkursen über EDV-Seminaren, Gesundheitskursen bis zu Hobby- und Freizeitkursen.

"Die Entdeckung der Zeit" ist der Themenschwerpunkt des Programms. In Zeiten zunehmender Belastung wird der Umgang mit Zeit zu einem immer zentraleren Problem. In einer Veranstaltungsreihe wird die "Zeit" aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet: der Umgang mit Zeit in anderen Kulturen, Umgang mit der eigenen Lebens- und Arbeitszeit und Entdeckung von Zeit im Alltag, wie zum Beispiel beim Essen und Trinken.

Unter den Studienreisen sei dieses mal besonders hervorgehoben die Chinareise nach Shanghai, Hangzhou und Suzhou vom 8. bis zum 17. April und eine Trekkingtour auf dem "West Highland Way" in Schottland vom 7. bis zum 16.4. Ferner kann man sich bei den vbws über das Alterseinkünftegesetz ebenso informieren wie für die "Jobsuche und Bewerbung im Internet" fit machen, man lernt, wie man sein Fahrrad repariert und kriegt Anleitung zur Pannenhilfe am Auto.

Grundschule „Drive-in“

Wenn der neunjährige Kevin bis abends um 10 den Krimi guckt, fällt es ihm natürlich am nächsten Morgen schwer, für die Schule rechtzeitig aufzustehen. Zum Glück gibt es das "Taxi Mama". Aber kurz vor dem Ziel gehen kostbare Sekunden verloren. Mutti muss den Kevin schon am Schultor abliefern. Von dort hat er den weiten Weg über den Schulhof bis ins Klassenzimmer zu Fuß zurückzulegen. Manchmal regnet es sogar. Schnupfen und Husten drohen. Weil es viele Mama-Taxis gibt, kommt es regelmäßig zum Verkehrschaos. Kinder, die allein zur Kita oder zur Schule kommen, stehen im Weg und stören das zügige Autofahren. Aber Besserung ist in Sicht. Nach den Osterferien wird dort, wo heute noch die Boulebahn sich befindet, eine Drive-in-Station errichtet. Autos fahren geordnet hinein, die Schüler steigen sicher und trockenen Fußes aus, eilen höflich grüßend durch das Lehrerzimmer und sind pünktlich zum Unterricht an ihrem Platz.

Bei dem umfangreichen Angebot an Sprachkursen sind besonders die Bildungsurlaubskurse "Spanisch" hervorzuheben, die in einer Woche Grundwissen der Sprache vermitteln.

"Suchen und Finden im Internet" heißt nur einer der vielen EDV-Kurse die in Kleingruppen vormittags und an Wochenenden angeboten werden und sich an Anfänger und Fortgeschrittene wenden. Wer was für seine Fitness und Gesundheit tun will, ist beim VBW an der richtigen Adresse. Man hat die Auswahl unter z.B. allein 14 Yoga-Kursen, auch Yogakurse für Kinder oder für Kinder mit Eltern sind dabei. Gedächtnistraining, Fasten und Homöopathie gehören genau so zum Angebot wie Nordic-Walking, Waldlauf, Aqua-Gymnastik im Thermalbad und Skigymnastik.

Einen Literaturkreis gibt es in Bierstadt und monatlich trifft man sich in Delkenheim im Literaturcafé, Fotografieen, Aquarellieren, Filzen und Nähen, für alles findet sich der richtige Kurs. Über 25 Koch- und Backkurse runden schließlich das Angebot ab. Die koreanische Küche ist hier ebenso Thema wie Kreppel und andere Schmalzgebäcke. Nähere Informationen und Anmeldungen bei den vbw-Geschäftsstellen, die das Programm gerne zusenden.

(Tel. 0611-503907 oder 06122-12918 bzw. info@vbw-ned.de sowie info@vbw-bierstadt.de oder über die Homepages www.vbw-ned.de bzw. www.vbw-bierstadt.de.)

Das Grundschul-Drive-in wird vom selben Privatinvestor verwirklicht, der für umsonst das alte Gemeindezentrum abreißt und ein schickes neues hinstellt. G.U.



Vereinsring Nordenstadt

In der Mitgliederversammlung des Vereinsrings vom November 2005 wurde nur ein "Notvorstand" für ein Jahr gewählt, da sich nicht genügend Kandidat/innen für eine Vorstandsarbeit zur Verfügung gestellt haben. Der "Notvorstand" setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

Vorsitzender	Hermann Pappe
Stellv. Vorsitzende	Ulrike Auer
Schriftführerin	Anke Kralicek
Kassiererin	Conny Renneisen
Beisitzer	Heiko Bürky

Dieser Notvorstand ist statt der üblichen drei Jahre nur für ein Jahr gewählt. Eine weitere Voraussetzung für diese Wahl war, dass nur die notwendigen Aufgaben vom Vorstand durchgeführt werden: dies sind Meldungen an die GEMA und an das Ordnungsamt, um hier eine Kostenminimierung für die Vereine zu erreichen, sowie die Schankraumnutzung in der Taunushalle und die Erstellung des Veranstaltungskalenders 2007/2008.

Wären diese Bedingungen nicht akzeptiert worden, hätte keine Vorstandswahl stattgefunden und dies hätte die Auflösung des Vereinsrings zur Folge gehabt.

Dies bedeutet aber auch, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen wie Neujahrsempfang, Kulturtag und Straßenfest werden in 2006 nicht stattfinden.

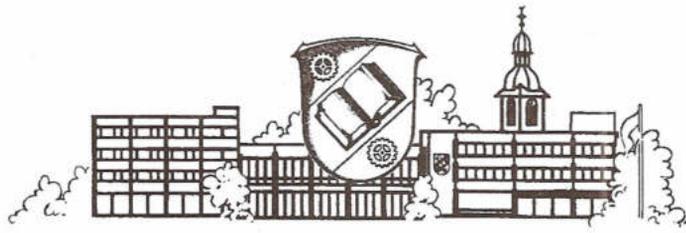
Sollten sich Vereine oder Verbände finden, die diese Veranstaltungen durchführen möchten oder wollen, so können diese unter ihrer Regie und Verantwortung durchgeführt werden. Die notwendigen Materialien des Vereinsrings wie z.B. Lichterketten, Wasserschläuche, Anschlussverteiler, Stromkabel und Verteiler können selbstverständlich genutzt werden. Hermann Pappe ist zu weiteren Auskünften gern bereit.

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Alexander Slotty, Heerstraße 64

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6



Nordenstadt Nachrichten

30. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

März/April 2006

Thema Nr. 1: Gemeindezentrum

Die SPD Nordenstadt fordert seit Jahren, die Sanierung des Gemeindezentrums am Hessenring in Angriff zu nehmen. Das Thema steht auf Platz eins unserer Prioritätenliste. Am 2. März hatten wir Nutzer, Nachbarn und Betroffene eingeladen, um über die Zukunft des Gebäudes zu sprechen. Gemeinsam mit der SPD-Fraktionsvorsitzenden im Wiesbadener Rathaus, Elke Wansner, diskutierten Ruth Akasoy und Dr. Gerhard Uebersohn mit Ärzten und Vereinsvorsitzenden, Vertretern der Post und des Volksbildungswerks. Einige, wie z.B. die Grundschule, hatten bereits im Vorfeld schriftlich Wünsche und Kritik geäußert. Dass sich auch der CDU-Ortsvorsteher mit seinem Bollerwagen vor dem Gebäude postiert hatte und mit einem geharnischten Flugblatt gegen seine Nicht-Einladung zu einer SPD-Veranstaltung protestierte, wurde mit Kopfschütteln quittiert. Die Behauptung Pfeifers, er und Verwaltungsstellenleiter Carl hätten immer umfassend über den Sachstand informiert, führten die Gäste später selbst ad absurdum. Jeder hatte wieder andere Gerüchte beizutragen, von einer geordneten Planung und Information durch die Stadt konnte keine Rede sein. Am meisten erschreckend war wohl die Aussage des Vertreters der Post, der an diesem Tag zum ersten Mal von der Situation erfuhr: "Wir fangen heute an, uns mit dem Thema zu beschäftigen." Da konnte es wohl mit der umfassenden Information aller Betroffenen nicht so weit her gewesen sein. Als Resümee des Abends wurde festgehalten: die Zeit drängt, die Stadt muss schnellstmöglich ein Sanierungskonzept vorlegen. Wenn sich dies tatsächlich als völlig unwirtschaftlich erweisen sollte, müsste ein Abriss und Neubau in enger Abstimmung mit den Betroffenen vollzogen werden. Vor allem aber brauchen alle Nutzer schnellstens Planungssicherheit, der Ortsbeirat und die Stadtverordneten eine belastbare Entscheidungsgrundlage. Elke Wansner sagte fest zu, dass die SPD-Stadtverordnetenfraktion das für die Sanierung notwendige Geld im Haushalt zur Verfügung stellen würde.

Der Liegenschaftsdezernent Dr. Helmut Müller (CDU), der für das Gemeindezentrum verantwortlich ist und gleichzeitig als Kämmerer den Haushaltsentwurf vorgelegt hat, stellte eine Woche später im Rahmen einer Pressekonferenz eine so genannte Machbarkeitsstudie für die "Neugestaltung der Ortsmitte Nordenstadts" vor, auch die Ortsbeiratsfraktionen waren eingeladen und mit Ausnahme der FDP auch vertreten.

Aus den Erklärungen Dr. Müllers ging klar hervor, dass eine Sanierung des Gebäudekomplexes entgegen des Ortsbeiratsbeschlusses bisher überhaupt nicht in Erwägung gezogen wurde. Die geschätzte Summe von 3,5 - 4 Millionen € sei "nicht verfügbar", so die lapidare Erklärung. Stattdessen ist offenbar seit ca. einem Jahr versucht worden, mit Hilfe eines privaten Projektentwicklers an der Stelle des jetzigen Gemeindezentrums einen wesentlich größeren Gebäudekomplex zu planen, der sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Nutzungen aufnehmen soll. Einzig die Unterbringung der Feuerwehr kann sich Dr. Müller auch an einer anderen Stelle Nordenstadts vorstellen. Der Anteil gewerblicher Nutzung soll so renditeträchtig sein, dass das gesamte Projekt für die Stadt ohne jede finanzielle Belastung realisiert wird, so Dr. Müller auf Nachfrage. Als "Ankermieter" wurde ein Lebensmittelmarkt ("Vollversorger") mit 1.300 qm Fläche genannt. Bisher vorhandene Parkplätze entlang des Hessenrings und der Straße "An der Schule" sollen verschwinden und durch eine Tiefgarage ersetzt werden. Für die Bauzeit - die Rede war von sechs Monaten - sollen die vorhandenen Nutzungen in einer "Containerstadt" auf dem Kleinsportfeld der Schule untergebracht werden.

Die Informationen wurden mündlich vorgetragen, zu sehen waren nur Fassadenstudien und Grundrisse, die als "erste Vision" bezeichnet wurden. Zahlen, geschweige denn nachvollziehbare Berechnungen wurden weder vorgetragen noch vorgelegt. Bis zum Mai hat Dr. Müller eine Magistratsvorlage für den Ortsbeirat angekündigt, so dass dieser entscheiden könne, ob er das Neubauprojekt wolle oder ob "alles so bleiben soll, wie es jetzt ist".

Unsere Meinung dazu:

- Mit Sicherheit kann nicht "alles so bleiben, wie es jetzt ist"!
- Wir haben unsere SPD-Stadtverordnetenfraktion davon überzeugt, dass die für das Gemeindezentrum notwendigen Mittel in den Doppelhaushalten 2006 / 2007 und 2008 / 2009 zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Fraktion hat dies so beschlossen und wird dies in den Haushaltsberatungen auch so vertreten.
- Priorität hat für uns eine Sanierung des bestehenden Gebäudes.

● Im Zuge der Sanierung soll das Gebäude und der Außenbereich räumlich neu geordnet und besser nutzbar gemacht werden.

● Sollte sich bei der Planung herausstellen, dass eine Sanierung wirtschaftlich nicht zu vertreten ist, sind für eine Neubauplanung wie auch für die Sanierungsvariante folgende Voraussetzungen unabdingbar:

● Alle zurzeit vorhandenen Nutzungen müssen zu gleichen Konditionen wie bisher auch künftig möglich sein, soweit die Nutzer dies nicht selbst anders wünschen. Dabei gehen wir davon aus, dass die Post an dieser Stelle, wie am 2. März erklärt, bleiben will.

● Einzige weitere Nutzung soll eine Einrichtung zur Ganztagsbetreuung von Schulkindern sein, die durch An- oder Umbau zu ermöglichen ist.

● Der Hessenring soll auch weiter Busverkehrsstrecke bleiben, deshalb sind weitere Verkehr erzeugende Nutzungen nicht vorstellbar. Ein Lebensmittelmarkt der geplanten Größenordnung wäre unter keinen Umständen verkehrlich verkraftbar.

Für beide Varianten gilt: während der Bauphase muss für eine möglichst reibungslose Fortsetzung der Nutzungen, insbesondere der im Gesundheitsbereich, gesorgt werden. Und: es ist höchste Zeit, die Planungen konkret in Angriff zu nehmen, weitere "Studien" ohne Realitätsgehalt können wir uns nicht leisten. "Alles für umsonst" wird es nicht geben.

Und zum Schluss:

Der Ortsbeirat hat seit Jahren - meist auf SPD-Initiative - tapfer die schnelle Sanierung des Gemeindezentrums gefordert. Ein Abriss und Neubau sollte nur als Notlösung in Frage kommen. Ungeachtet dessen haben Ortsvorsteher und Magistrat ausschließlich ein gigantomanisches Neubaukonzept verfolgt, weil dem Kämmerer Nordenstadt keinen müden Euro wert ist. In fünf Jahren haben CDU und FDP nichts fertig gebracht als eine völlig unrealistische (und übrigens ganz schön teure!) "Machbarkeitsstudie", deren Inhalt in knappen Sätzen exakt wie von Müller vorgetragen im Kommunalwahlprogramm der Wiesbadener CDU zu finden ist. Der Ortsbeirat wurde ebenso wie die Nutzer vom Magistrat zusammen mit Ortsvorsteher Pfeifer hingehalten, um über die Wahl-Runden zu kommen. **Fazit: nichts getan, viel zu tun!**

SPE holt EU-Dienstleistungsrichtlinie aus der »neoliberalen Falle«

Der massive Einsatz von SPD und Gewerkschaften in den zurückliegenden Wochen und Monaten für den Erhalt des europäischen Sozialmodells hat sich gelohnt. In 1. Lesung hat am 16. Februar das Europäische Parlament (EP) in Straßburg durch seine Entscheidung sichergestellt, dass die Öffnung des EU-Dienstleistungsmarktes nicht mit Sozial- und Umweltdumping einhergeht. Wichtigstes Detail: Das umstrittene "Herkunftslandprinzip" ist auf Druck der sozialdemokratischen Fraktion im EP (SPE) aus dem Entwurf der EU-Kommission gestrichen und durch den Grundsatz des Ziellandprinzips ersetzt worden.

So soll auch künftig das Arbeitsrecht vom Anwendungsbereich der Richtlinie nicht berührt werden, ebenso wie die Bereiche Umwelt- und Verbraucherschutz. Zudem haben die Parlamentarier entschieden, dass der Gesundheitsbereich, Transportdienstleis-

tungen, soziale Dienstleistungen sowie Zeitarbeitsfirmen und Sicherheitsdienste weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben.

"Das Parlament hat die Zeichen der Zeit erkannt und ist nicht in die neoliberale Falle getappt. Vielmehr hat es die Chance genutzt, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen", unterstrich die sozialdemokratische Berichtserstatterin Evelyne Gebhardt. Gleichzeitig würden protektionistische Hindernisse für Dienstleister abgebaut.

Am Zug ist jetzt wieder die EU-Kommission, die auf der Basis des EP-Votums ihren Entwurf überarbeiten kann und diesen anschließend dem europäischen Ministerrat zur Entscheidung vorlegt. Abschließend wird die neue Vorlage - voraussichtlich im Herbst - in 2. Lesung dem Europäischen Parlament übermittelt.

Die Europäische Verfassung ist nicht tot!

Die Europäische Verfassung ist nicht tot! "Die Verfassung ist tot", so tönte es, nachdem Franzosen und Niederländer den Vorschlag in 2005 abgelehnt hatten. "Die Verfassung ist nicht tot", verkündete mit Nachdruck Jean-Claude Juncker, als er im selben Jahr das zustimmende Ergebnis von 56,52 % der Luxemburger verkünden konnte.

Wie geht es nun weiter? Von 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen vierünftel (20) innerhalb von zwei Jahren zustimmen, damit der Rat das Thema erneut auf die Agenda nimmt. In 13 Mitgliedstaaten ist der Verfassungstext inzwischen ratifiziert worden, in 10 Staaten wurde das Verfahren eingeleitet oder vorläufig ausgesetzt, zwei Staaten (F und NL) haben den Textvorschlag abgelehnt. Angesichts dieser Situation hat sich der Rat entschlossen, bereits in diesem Frühjahr Bilanz zum Stand der

Ratifizierung zu ziehen. Die derzeitige Österreichische Ratspräsidentschaft und auch das Europäische Parlament haben sich diesen Punkt dementsprechend mit hoher Priorität versehen in ihr Arbeitsprogramm geschrieben, um diesen Prozess wieder in Gang zu setzen bzw. zu beschleunigen. Klar ist aber, dass es keine schnellen Entscheidungen geben wird. Deshalb haben auch die kommenden Ratspräsidentschaften Finnland und Deutschland die Beförderung des Ratifizierungsprozesses als einen wichtigen Punkt auf ihrem jeweiligen Arbeitsplan verankert.

Denn, eine Verfassung für Europa muss her! Nur mit ihr als Grundlage kann sich Europa geordnet und mit gemeinsamen ethischen und verfahrenstechnischen und rechtlichen Grundsätzen in eine friedliche Zukunft hinein weiter entwickeln.

Jen

Streubomben durch Gesetz geächtet

Der 17. Februar 2006 ist ein guter Tag für alle Gegner heimtückischer Kriegswaffen. Belgien hat an diesem Tag als erster Staat weltweit Produktion, Lagerung, Einsatz und Handel von Streu- und Schützbomben durch Gesetz verboten. Streubomben sind heimtückisch, wie kaum eine andere Waffe. Bei ihrer Explosion werden viele weitere kleine Bomben gestreut freigesetzt, von denen bis zu 30% nicht selbst explodieren sondern mehr oder weniger versteckt im Gelände liegen bleiben. Nach ihrem Abwurf wirken sie auf diese

Weise wie Minen, die bei der kleinsten Berührung explodieren und fürchterliche Verletzungen verursachen. Oft sind es gerade Kinder, die beim harmlosen Spiel noch Jahre nach kriegerischen Auseinandersetzungen Opfer dieser heimtückischen Waffe werden. Nachdem Belgien bereits 1995 per Gesetz Handel und Produktion von Antipersonenminen verboten hatte, hat es mit dem Verbot von Streuminen erneut ein Zeichen gesetzt, das sich andere Staaten als Vorbild für eigenes Handeln nehmen sollten.

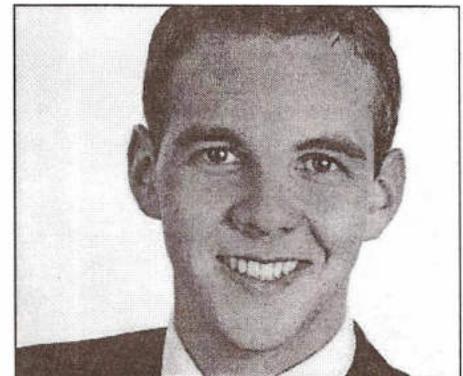
Jen

Für die SPD ins Rathaus



Ruth Akasoy-Pertzborn

56 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder; arbeitet als Wahlkreismitarbeiterin von Heidemarie Wiczorek-Zeul, MdB; seit 1997 Stadtverordnete; Sprecherin der SPD-Fraktion für Bau, Planung und Verkehr; will in den kommenden fünf Jahren für Nordenstadt die Sanierung des Gemeindezentrums am Hessenring vorantreiben.



Alexander Slotty

22 Jahre; Student der Betriebswirtschaftslehre und Teilzeit-Verwaltungsangestellter; sein politisches Interesse gilt der Schulpolitik; er will nicht akzeptieren, dass aus ideologischen Gründen nach wie vor Gesamtschulplätze fehlen. Im beruflichen Umfeld kümmert er sich um die Belange der Auszubildenden. Er kandidiert auch für den Ortsbeirat.



Dr. Gerhard Uebersohn

50 Jahre; Jurist; verheiratet, zwei Kinder; seit 2001 Mitglied im Nordenstadter Ortsbeirat (ausführliche Vorstellung erfolgte in der letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN); kandidiert auch für den Ortsbeirat.

Wahlprogramm für Nordenstadt: Kommunalwahl 2006

Ortskern stärken

Die Post und die Gemeindeverwaltung befinden sich im Gemeindezentrum, ferner Ärzte, eine Apotheke und die Feuerwehr. Das Gebäude muss schleunigst saniert werden. Die Sitzungsräume und der große Gemeindesaal stehen Bürgern und Vereinen weiterhin kostenlos zur Verfügung. Eine Privatisierung öffentlicher Gebäude lehnen wir ab.

Die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung richten sich nach den Wünschen der Bevölkerung.

Die Straßen rund um das Gemeindezentrum und das Heimatmuseum werden attraktiver gestaltet. Der Bebauungsplan Nordenstadt-Mitte, seit Jahren in der Diskussion, wird zum Abschluss gebracht.

Die Grundschule muss sicher und zu Fuß zu erreichen sein. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht durch Fahrzeugverkehr gefährdet werden. Die Eingänge zur Schule sind von Verkehr frei zu halten. Kinder dürfen auch außerhalb des Unterrichts auf dem Schulhof und dem Sportplatz spielen.

Verkehr entwickeln

Möglichkeiten, Verkehr aus anderen Stadtteilen an Nordenstadt vorbeizuleiten, wollen wir ausschöpfen. Unvermeidbarer Durchgangsverkehr darf nicht zu unzumutbaren Belastungen führen. Die Anwohner von Holzweg, Oberpfortstraße und Wallauer Weg sind seit Jahren von Lärm geplagt. Fußgänger haben nur einen schmalen Gehweg zur Verfügung.

Durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 konnte eine gewisse Entlastung erreicht werden. Allerdings müssen die Geschwindigkeitsbegrenzungen auch eingehalten werden. Deswegen ist der Verkehr ausreichend zu überwachen.

Die Einkaufsmöglichkeiten im Gewerbegebiet ziehen von weit her viele Kunden an. Dies schafft zusätzliche Verkehrsprobleme. Die Einkaufsmärkte haben mitzuwirken, den von ihnen veranlassten Verkehr zu bewältigen.

Damit Einzelmaßnahmen nicht zu unerwünschten Nebenwirkungen führen, ist ein Stadtteilverkehrsplan zu erstellen. Dieser Plan soll auch die Busanbindung Nordenstadts neu gestalten.

Kinder und Jugendliche beteiligen

Kinder und Jugendliche sind Experten in vielen Dingen. Auf ihren Rat sollten wir deshalb hören. Schlechte Busverbindungen fallen Schülern eher auf als berufstätigen Autofahrern. Ob teure Spielplatzgeräte wirklich etwas taugen, können Kinder besser beurteilen als Erwachsene. Deswegen treten wir dafür ein, Kinder und Jugendliche stärker an Entscheidungen zu beteiligen.

Kultur und Sport fördern

Die Nordenstädter Vereine bieten zahlreiche Angebote für Freizeit, Kultur und Sport.

Dem Ortsbeirat stehen Finanzmittel zur Verfügung, mit denen Aktivitäten der Vereine gezielt unterstützt werden können. Die Taunushalle und der Gemeindesaal stehen kostenlos zur Verfügung.

Für Jugendliche, die nicht im Verein sind, bestehen Freizeitangebote neben dem Vitis-Tenniscenter. Das Aquarium in der Turmstraße steht allen Jugendlichen offen.

In Nordenstadt gibt es noch viel Landwirtschaft. Die ursprünglich nur für die Landwirtschaft vorgesehenen Wirtschaftswege können gleichzeitig fürs Radfahren und für Inliner genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wege wieder gesäubert werden, wenn sie durch landwirtschaftliche Arbeiten verschmutzt sind. Durch Hinweisschilder ist eine Anbindung der Wege an den Regionalpark Rhein-Main herzustellen.

Nordenstadt ist ein östlicher Stadtteil von Wiesbaden. Der Rheingau ist genau so schnell zu erreichen wie der Taunus oder die Städte Mainz und Frankfurt. Für diejenigen, die an Kultur und Freizeit interessiert sind, ist diese Lage sehr vorteilhaft. Von dieser Lage sollten alle profitieren können, die in Nordenstadt wohnen. Der öffentliche Nahverkehr hat die Freizeitbedürfnisse stärker zu berücksichtigen. Auch die Verbindung nach draußen gehört zur Lebensqualität in Nordenstadt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Nordenstadt für den Ortsbeirat



Dr. Gerhard Uebersohn
Spitzenkandidat der SPD für den Ortsbeirat



Alexander Slott
Verwaltungsangestellter
(persönl. Daten vorhergehende Seite)



Klaus-Jürgen Büttner
1941 in Gumbinnen (Ostpreußen) geb. als pensioniertem Polizeibeamten liegt ihm besonders die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger am Herzen; es werden keine Freizeitpolizisten, sondern ausgebildete Profis benötigt, die sich um unser aller Sicherheit sorgen.



Detlef Exner
1962 in Bielfeld geboren, Geschäftsführer; Erfahrung als Ortsbeiratsmitglied in seiner Heimatgemeinde in Nordrhein-Westfalen



Stefanie Nowak
62 Jahre jung, in Wiesbaden geboren, verheiratet, ein Sohn; 1976 nach Nordenstadt gezogen. Industriekauf-frau. Seit 1964 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft.
Hobbys: Chorgesang



Klaus-Dieter Jung
Geboren 1958 und in Nordenstadt aufgewachsen; Verwaltungs-Fachangestellter bei der Stadt Hochheim am Main; Mitglied der SPD seit 1986; 6 Jahre Vorsitzender des Vereinsrings Nordenstadt; Mitglied in zahlreichen Vereinen in Nordenstadt; seit 1997 im Ortsbeirat - von 1997 bis 2001 Ortsvorsteher.



Hermann Pappé
Rentner; als Vorsitzender des Vereinsrings Nordenstadts sieht er den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Stärkung der Vereinsarbeit und dabei vor allem in der Unterstützung der guten Jugendarbeit; will sich um die Verbesserung der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung der Vereine bemühen.



Erika Büttner
1945 in Wiesbaden geboren; die seit 35 Jahren in der Gewerkschaft aktive Verwaltungsangestellte interessiert sich besonders für Arbeitnehmerrechte; als Personalrätin im Hessischen Landeskriminalamt vertritt sie seit 1988 die Belange der Arbeiter und Angestellten



Paul Hüllenhütter
Rentner; langjähriger Vorsitzender des SPD-Ortsvereins.



Sonja Elpelt
47-jährige Verwaltungsfachangestellte; verheiratet, ein Sohn; seit vielen Jahren als Kassiererin im Ortsverein der SPD für die geregelten und geordneten Finanzen zuständig.

Kulturtag & Straßenfest jetzt doch!?

Nach nochmaliger Absage des Vereinsring-Vorstandes, die Kulturtag und das Straßenfest 2006 durchzuführen, luden Verwaltungsstellenleiter Carl und Ortsvorsteher Pfeifer die Nordenstadter Vereine, Initiativgruppen und Vereinsringvorstand zu einem Meinungsaustausch ein, um Kulturtag und Straßenfest in welcher Form auch immer doch durch zu führen. Der Einladung folgten alle in den Vorjahren beteiligten Vereine. Alle anwesenden Vertreter entschieden sich für eine Durchführung. Die bereits geplanten und bestehenden Veranstaltungen der Vereine (siehe Veranstaltungskalender) können genutzt werden, ein Zeitrahmen wurde aber noch nicht festgelegt. Nur der Kleintierzuchtverein kann sich wegen der Beschränkungen durch die Vogelgrippe nicht an den Kulturtagen beteiligen. Das Straßenfest soll am 17. Juni 2006 stattfinden.

Bei einer weiteren Zusammenkunft sollen die sich beteiligenden Vereine Vorschläge für Programm und Gestaltung machen und ein Arbeitskreis o.ä. zur Durchführung und Organisation gebildet werden.

Ein Vereinsvorschlag, alle Erlöse in eine Kasse fließen zu lassen und am Ende unter den beteiligten Vereinen aufzuteilen, fand keine Zustimmung.

H. Pappe

Auch wenn der "Dreck-weg-Tag" aufgrund der frostigen Witterung verschoben wurde, gibt es für die ehrenamtlich Engagierten der jährlichen Säuberungsaktionen viel zu tun. Leider haben etliche Mitbürger/innen offenbar wenig Sinn für eine saubere Umwelt und entsorgen ihren Müll "elegant" im Gelände! Andere werden's schon richten!



Herbert Pflug und der ohnmächtige Herr Pös Possenspiel um Ostumgehung

Haben Sie schon das Ortsbeirats-Flugblatt der FDP gelesen? Sie sollten sich das nicht entgehen lassen! Es ist zwar streckenweise frei erfunden, lässt aber hinsichtlich des Autors tief blicken, und schließlich will man doch wissen, wen man wählt - oder nicht wählt.

Gewöhnlich führt eine Mehrheitspartei Wahlkampf, indem sie ihre Leistungen der Vergangenheit herausstellt, während die Oppositionspartei eher die Versäumnisse der Mehrheit angreift und verspricht, es künftig mit eigener Mehrheit besser zu machen. Nicht so Herbert Pflug (FDP). Er titelt: "Verkehrschao durch SPD in Nordenstadt verursacht" und behauptet, die Lösung unserer Verkehrsprobleme durch den Bau einer Ostringverlängerung sei "am Einspruch der SPD-Stadtvorordneten Ruth Akasoy" gescheitert, obwohl er (Pflug) sich gemeinsam mit Verkehrsdezernent Professor Pös (ebenfalls FDP) bemüht hätten, die Nord-Ost-Umgehung in den Verkehrsentwicklungsplan aufzunehmen! Wie bitte? Akasoy mächtiger als Pflug und Pös zusammen? Hat Pflug einfach vergessen, dass er fünf Jahre lang der selbst ernannten Gestaltungsmehrheit angehörte? Wie konnte Pös (wie die FDP stadtwweit behauptet) vom Kranzplatz bis zum Liliencarrè alles und alles gestalten, dann aber in Nordenstadt an der Oppositions-Stadtvorordneten Akasoy scheitern? Rätsel über Rätsel: Pös ein Weichei? Zu des Rätsels Lösung können wir folgendes beitragen:

● Die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) wurde von einer Arbeitsgruppe begleitet, der ich als verkehrspolitische Sprecherin meiner Frak-

tion angehörte, ebenso wie die Kollegen von CDU, FDP und Grünen. Die fachliche Durchführung wurde durch ein Ingenieurbüro geleistet, politisch verantwortlich war Professor Pös. Auf seinen Vorschlag hin wurde vereinbart, dass nur solche Projekte in den Maßnahmenkatalog des VEP aufgenommen werden sollten, die unter den Fraktionen unstrittig waren. Zunächst allerdings wurden mögliche Straßenbaumaßnahmen von dem Fachbüro auf ihre Wirkungen hin untersucht und aus verkehrsfachlicher Sicht zur Aufnahme in den Maßnahmenkatalog empfohlen - oder eben nicht empfohlen. Für die Verlängerung Ostring Nordenstadt war die Empfehlung: Nichtaufnahme. Protest gab es in der Runde gegen diese Entscheidung nicht, sie wurde allseits akzeptiert. Insgesamt waren die Empfehlungen des Fachbüros für Nordenstadt eine Bestätigung der SPD-Verkehrspolitik der vergangenen Jahre, und das hat mich natürlich gefreut.

● Ich hatte fest damit gerechnet, dass FDP und CDU im Ortsbeirat, die Stadtvorordneten Herbert Pflug (FDP) und Rainer Pfeifer (CDU) im Rathaus nun alles versuchen würden, mit Hilfe ihrer Mehrheit doch noch die Ostringverlängerung in den VEP hineinzuschreiben. Das wäre per Antrag ohne weiteres möglich gewesen, und schließlich versprechen die beiden seit Jahr und Tag diese Umgehungsstraße. Umso erstaunter war ich, als die beiden Herren sang- klang- und widerstandslos die Hand hoben, als es hieß: "Zustimmung zum VEP!"

● Herrn Professor Pös habe ich natürlich gebeten, zu der ihm von Pflug zugeschriebenen Weichei-Rolle Stellung zu nehmen. Er schweigt. Was mag der Grund sein? Hat er Pflug den Bären aufgebunden, er habe die Ostumgehung wegen des Widerstands von Frau Akasoy nicht aufnehmen können? Beiden kann ich jedenfalls nur empfehlen, bei der Wahrheit zu bleiben bzw. zu ihr zurück zu kehren. Lügen haben kurze Beine.
R. Akasoy



IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Alexander Slotty, Heerstraße 64

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6



Nordenstadt Nachrichten

30. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Juli/August 2006

Schwarz-gelb-grünes Abenteuer im Wiesbadener Rathaus

Mancher hat sich in den letzten Wochen die Augen reiben müssen, wie schnell und geräuschlos ehemals erbitterte Widersacher sich zur neuen Wiesbadener Rathaus-Koalition zusammengefunden haben. "Jamaika" wird das Bündnis aus CDU, Grünen und FDP genannt nach den Flaggenfarben des karibischen Commonwealth-Mitglieds.

Die Hymne dieser tropischen Insel richtet sich bittend an den "Ewigen Vater": "...Knowledge send us Heavenly Father, Grant true wisdom from above..." Das ist auch beim Wiesbadener Rathausbündnis bitter nötig. Die bisherigen Entscheidungen der bunten Mehrheit lassen jedenfalls einen eklatanten Mangel an Wissen und Weisheit erkennen.

Der 50-seitige Koalitionsvertrag ist noch so wenig konkret abgefasst, dass selbst die Mitgliederversammlung der Grünen der Vereinbarung zustimmen konnte. Wenige Tage später wurde dann allerdings die erste Katze aus dem Sack gelassen und sehr konkrete Pläne für die Umorganisation der Kinderbetreuung in der Stadtverordnetenversammlung durchgepaukt. Unter den Überschriften "flexibler, besser, gerechter" verbirgt sich allerdings vor allem ein Konzept, das per saldo teurer und ungerechter ist. Vor allem verfehlt es das gemeinsame Ziel, gerade Kinder mit besonderem Bedarf bei Betreuung und Spracherwerb frühzeitig und ganztags in die Kindertagesstätten zu bekommen. "Aus Pisa nichts gelernt", muss man sagen, wenn künftig jede Familie unabhängig vom Einkommen die Kita-Stunden ab 12.00 Uhr extra bezahlen muss.

Von keiner Fachkenntnis getrübt ist auch die geplante Zerschlagung der Sozialverwaltung mit der Ausgliederung der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Schulsozialarbeit. Eine rationale Begründung für diese Ideen bleibt das Bündnis schuldig. Es fällt aber auf, dass damit nicht nur der einzige sozialdemokratische Dezernent, Sozialstadtrat Wolfgang Hessener, entmachtet werden soll. Wenn

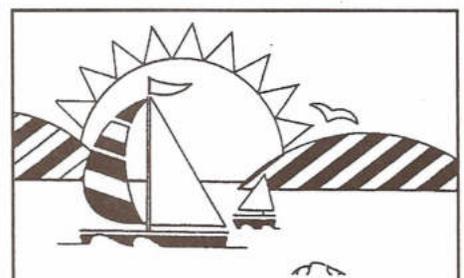
tatsächlich künftig die Kinderbetreuung durch zwei GmbHs organisiert werden soll, können nämlich auch zwei gut dotierte Geschäftsführerposten besetzt werden. Überflüssigerweise, aber alles andere als umsonst!

Das Thema Kinderbetreuung wird uns in den nächsten Monaten noch intensiv beschäftigen.

Aus dem Kapitel "Lustiges aus aller Welt" könnte das Projekt City-Link stammen. Als eine Art Schienenverkehrs-Feigenblatt für den Grünen-Partner soll tatsächlich für teures Geld eine Bimmelbahn zwischen Hauptbahnhof und Dern'schem Gelände gutachterlich geprüft werden. Ebenso gut könnte man das Geld für so ein Gutachten verbrennen. Allerdings können Grün und Gelb den Unfug noch toppen: während der Grünen-Sprecher das Bähnchen als Einstieg in ein Schienenverkehrsnetz für die Stadt feiert, wird exakt das vom FDP-Sprecher nicht nur vehement bestritten, nein - er möchte das technische Wunderwerk gar unterirdisch vom Bahnhof zum Rathaus führen! Das ist wirklich so unterirdisch, dass man verstehen kann, wenn die CDU sich zu so viel Schilda lieber ausschweigt.

Ein Thema, über das bisher außer der Fortsetzung bekannter Großprojekte so gut wie keine konkrete Aussage bekannt ist, ist die Stadtentwicklung. Im Zuge der Haushaltsberatungen wurden allerdings sämtliche einschlägigen Anträge der SPD-Fraktion abgeschmettert: für die Entwicklung des Platzes der Deutschen Einheit oder der Kleinen Schwalbacher Straße etwa. Offensichtlich soll auch weiter Stadtentwicklung nur mit privatem Geld stattfinden, und damit auch nur nach den Interessen von privaten Investoren und Projektentwicklern, die allzu oft nicht im Einklang mit öffentlichem Interesse stehen. In Nordenstadt lässt sich ablesen, was das konkret bedeutet: endgültig wurde von "Jamaika" abgelehnt, die nötigen Mittel für eine Sanierung - oder gegebenenfalls als städtischer Zuschuss für einen Neubau

- des Gemeindezentrums am Hessenring bereitzustellen. Die Aussage der Nordenstadter SPD-Stadtverordneten Ruth Akasoy in der Haushaltsdebatte, dass ein Abriss und Neubau nicht kostenneutral zu realisieren ist, ließ Kämmerer Dr. Müller (CDU) unwidersprochen. Daraus lässt sich nur der Schluss ziehen, dass das Gebäude mit Arztpraxen, Apotheke, Ortsverwaltung, Post und Feuerwehr weiter vor sich hin gammeln soll. Kämmerer Dr. Müller hatte allen Grund darauf hinzuweisen, dass der Ortsbeirat Nordenstadt (mit den Stimmen von CDU und FDP) gerade erst den Antrag der SPD-Fraktion niedergestimmt hatte, Geld für die Sanierung oder als Zuschuss zum Neubau einzustellen. Für eine solche "Vertretung der Ortsinteressen" kann der sparsame Kassenwart der Landeshauptstadt wirklich dankbar sein. Die Nordenstadter Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Nutzer des Gemeindezentrums allerdings nicht!
red



**Die Redaktion
wünscht Ihnen
sonnige und
erholsame
Ferien!**



Zum Thema "Der Fiskus greift zu - was bleibt von der Rente?" hatte die SPD-Nordenstadt Ende Mai eingeladen. Dass der Vortrag von Jürgen Maifarth (Dipl. Betriebswirt und Steuerberater) in der Bevölkerung sehr gut angenommen wurde, zeigte die große Resonanz und die Ausdauer der Zuhörer/innen, die selbst nach zwei Stunden Vortrag ohne Pause nicht müde wurden, den Referenten mit Problemen und Nachfragen um das Alterseinkünftegesetz, das am 01.01.2005 in Kraft getreten ist, und weiteren Fragen zu konfrontieren.

Jürgen Maifarth kennt die Sorgen und Nöte der Bürger/innen aus einer Vielzahl von Vorträgen. So ist er im wesentlichen auf folgende Punkte eingegangen:

1. Grund für die Schaffung des Alterseinkünftegesetzes
2. Die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens
3. ca. 60 - 70 % mehr Rentnerhaushalte werden steuerpflichtig
4. Wer ist verpflichtet, Steuererklärungen abzugeben
5. Neugliederung der Altersvorsorge in drei Schichten mit dem Hinweis auf die "gläsernen Taschen oder die fast vollkommene Vernetzung von Daten"
6. Erweiterter Informationsaustausch nach dem Alterseinkünftegesetz (AltEinkG) ab 01.01.2005. Rentenbezugsmitteilungen müssen bis zum 31.05. des Folgejahres an eine zentrale Stelle übermittelt werden (erstmalig ab dem 31.05.2006). Wer meldepflichtig ist, wurde im einzelnen erläutert. Warum eine Identifikationsnummer alle Bürger demnächst "von der Wiege bis zur Bahre" begleiten wird.
7. Die Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen (Sonderausgaben) und Altersbezügen (Versteuerung) ab 01.01.2005 mit Hinweisen auf die Günstigerprüfung.

8. Besonderheiten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Auch bei dieser Art von Renten gibt es wie bei den Altersrenten keinen Bestandsschutz.

9. Darstellung der Veränderungen an Hand von anschaulichen und praxisnahen Beispielen vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005.

10. Steuerliche Hinweise in Bezug auf Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Einkünfte aus Kapitalvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung.

11. Steuerliche Gestaltung für Rentner und Pensionäre denkbar? Aufzeigen von Möglichkeiten.

12. Handlungsbedarf gegen Steuerbescheide evtl. Einspruch einzulegen, weil Gerichtsverfahren anhängig sind und teilweise verfassungsrechtliche Prüfungen laufen.

Interessant war für das Publikum auch der Blick in die steuerliche Zukunft (10 bis 15 Jahre) mit der Fragestellung, wie sieht die Praxis von Einkommenssteuererklärungen und Bescheideerteilungen dann möglicherweise aus.

Die rund 100 Zuhörer/innen konnten eine Vielzahl von Informationen mit nach Hause nehmen. Es war nicht Sinn und Zweck der Veranstaltung, Steuererklärungen für den einzelnen zu fertigen, sondern Hinweise und Anregungen zu geben.

Zum Schluss konnte man verstehen, warum der Referent zu Beginn seines Vortrages darauf hinwies, dass die Materie keine leichte Kost und mitunter auch schwer verdaulich sei.

Die SPD Nordenstadt möchte mit dieser Art von Informationsveranstaltungen für alle Bürger/innen die lose Reihe des "Nordenstadt Gesprächs" wieder aufgreifen und freut sich auch künftig auf so rege Beteiligung.

Neuwahlen im SPD Ortsverein

Die Jahreshauptversammlung der SPD Nordenstadt hat einen neuen Vorsitzenden gewählt:

Dr. Gerhard Uebersohn wurde von den Mitgliedern des Ortsvereins einstimmig gewählt. Sein Vorgänger, Alexander Slotty, hat aus beruflichen Gründen auf eine weitere Kandidatur für den Vorsitz verzichtet und gehört dem neuen Vorstand weiterhin als Beisitzer an. Die Positionen der beiden Stellvertreter werden von Klaus Büttner weiterhin und neu von Detlef Exner besetzt. Die Schriftführung wird wieder von Gabi Wahler und Ruth Akasoy erledigt; die Kassenführung wird von Angelika Schmidt und Dietmar Nowak geleistet. Als Beisitzer wurde Klaus-Dieter Jung erneut bestätigt und Stefanie Nowak, Alexander Slotty, Hermann Pappe und Paul Hüllenhütter neu gewählt.

Ein besonderer Dank der Versammlung ging an die nicht wieder kandidierenden Sonja Elpelt, Elke Spiekermann und Karl-Heinz Eischer. Sie haben die Arbeit des Ortsvereins durch jahrelanges Engagement in unterschiedlichen Funktionen unterstützt und geprägt.

Gerhard Uebersohn bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und betonte, dass er das Amt des Vorsitzenden gern übernommen habe. Er möchte gemeinsam mit allen Vorstandsmitgliedern die politische Debatte vor Ort wieder beleben und mit klaren Positionen die Mehrheitsfähigkeit der SPD stärken.

Er forderte zum Mitarbeiten auf - jeder sei herzlich willkommen.

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Dr. Gerhard Uebersohn,
Mecklenburger Straße 81

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6

Sommerlust 2006



Bereits zum 7. Mal veranstaltet die Wiesbadener SPD ein Programm für die Sommerzeit, um sich entweder die Heimatstadt aus ungewohnten Perspektiven ansehen zu können oder als Freizeitvergnügen für diejenigen, die nicht in Urlaub fahren. Ob Fasanerie, Russischer Friedhof oder Hauptklärwerk - es gibt genug zu ergründen. Doch auch für die Sport- und Bewegungsbegeisterten ist allerhand geboten: wandern, laufen oder auch mal Boule spielen. Die Nordenstadter SPD bietet ein Boule-Turnier an!

Ob Anfänger, Hobbyspieler oder Könner - alle sind willkommen! Die SPD Nordenstadt freut sich über regen Besuch bei dem erstmals angebotenen Bouleturnier.

Samstag, 29. Juli 2006 - 17.00 Uhr

Treffpunkt: Nordenstadt - hinter dem Gemeindezentrum am Hessenring.

Hessenabend

Im Rahmen des Nordenstadter Kultursommers finden zwei Veranstaltungen statt, auf die wir gern verweisen wollen.

Am Montag, 17. Juli 2006, 18 Uhr gibt es im Hof des Heimatmuseums Nordenstadt, Turmstraße 11, den nun schon zur lieben Tradition gewordenen "Hessenabend" der Historischen Werkstatt Nordenstadt.

Ein Abend mit hessischen Gerichten und Äppelwoi und Bier vom Fass. Umrahmt wird das Ganze vom singenden Bäckermeister Walter Stemler. Mit Sicherheit wieder ein vergnüglicher Abend. Sollte es - was nicht zu hoffen ist - regnen, findet die Veranstaltung in den Räumen des Vereines-Gemeinschaftszentrums statt.



Torhauskonzert



Am Samstag, 12. August 2006, 17 Uhr lädt Rainer Noll zum 17. Torhauskonzert im Erbacher Hof, Heerstraße 15, ein. Geplant sind Werke zum Mozart-Jahr.

Eintritt: 10 Euro im Vorverkauf bei der Bäckerei Martin, bei der Bäckerei Stemler und im Lädchen oder **12 Euro** an der **Abendkasse**.

Auch bei dieser Veranstaltung zeigt das rege Interesse aus den letzten Jahren, dass sich ein Besuch lohnt.

Initiative für zentrales Mahnmal

Der Vorstand der Wiesbadener SPD hat beschlossen, die Initiative für ein zentrales Mahnmal zu unterstützen, da sie als einzige Partei ihre Meinung zum Mahnmal nicht geändert und die zentrale Realisierung des Holzer-Entwurfs auch im Kommunalwahlprogramm gefordert hat. Jenny Holzer hat keine Zustimmung zur Umsetzung ihres Entwurfs an einem anderen Ort gegeben. Dies wurde auch von Frau Thies in ihrem Amt als Kulturdezernentin noch bis vor wenigen Monaten immer so berichtet.

Seit 20 Jahren gibt es in Wiesbaden die Diskussion um ein zentrales Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Die renommierte amerikanische Künstlerin Jenny Holzer hatte vor geraumer Zeit hierfür einen Entwurf vorgelegt,

der von der Stadt angekauft wurde. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss 1999 mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen, dieses Mahnmal „im öffentlichen Raum der Wiesbadener Innenstadt“ zu realisieren. Als Standort wurde der Platz neben der Marktkirche auf dem ehemaligen Rosenbeet vorgesehen. Im Jahr 2000 haben alle demokratischen Fraktionen nochmals in einem gemeinsamen Beschluss die Wichtigkeit dieses Vorhabens unterstrichen.

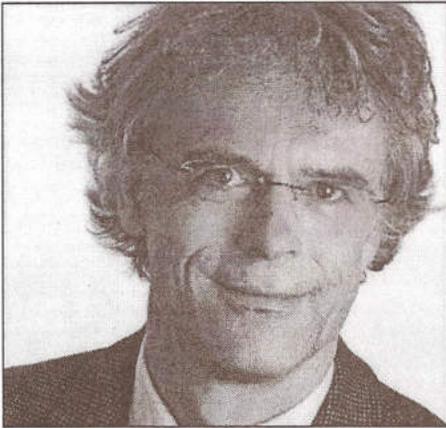
Nachdem im vergangenen Jahr die alte „Gestaltungsmehrheit“ zusammen mit den Republikanern das Aus für das zentrale Mahnmal der Künstlerin durchgesetzt hat und sich nun die „Jamaika-Koalition“ darauf geeinigt hat, das Mahnmal an einem anderen

Ort zu verwirklichen, hat sich eine Initiative unter der Leitung der früheren Kulturdezernentin Margarete Goldmann und des Wiesbadener Musikers Dirk Marwedel gegründet, die den Holzer-Entwurf am ursprünglich vorgesehenen Ort errichtet sehen will.

Es ist schlimm, dass die Grünen im Zuge der Koalitionsverhandlungen neben anderen Idealen auch das Mahnmal, zu dem sie auch in Person ihrer Dezernentin Thies immer fest gestanden haben, opferten.

Der scheinbare Kompromiss der „Jamaika-Koalition“ bedeutet jedenfalls nichts anderes, als dass es keinerlei zentrales Mahnmal geben werde. Darum ist es umso wichtiger, die Initiative um Margarete Goldmann zu unterstützen.

Aus dem Ortsbeirat



Kein Geld und kein Konzept

CDU glänzt mit doppelter Null-Lösung für das Gemeindezentrum

Im Ortsbeirat Nordenstadt hat die CDU-Fraktion im Juni den SPD-Antrag abgelehnt, für die Sanierung bzw. den Neubau des Gemeindezentrums Geld im Haushalt der Stadt vorzusehen. Dabei besteht Einigkeit zwischen den Fraktionen, dass wegen der starken Baumängel unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

Die CDU träumt von dem märchenhaften Investor, der das Gemeindezentrum aus eigener Tasche finanziert und baut. Ein Konzept für diesen Neubau existiert allerdings noch immer nicht. Im Wahlkampf hat der Kämmerer Müller angekündigt, unmittelbar nach den Wahlen ein Konzept vorzulegen. Geschehen ist bislang nichts. Auch der Koalitionsvertrag der Jamaika-Koalition enthält keine Aussagen zum Gemeindezentrum in Nordenstadt.

In der Stadtverordnetenversammlung hat die SPD-Fraktion ebenfalls beantragt, Geld zur Verfügung zu stellen. Für die CDU ist Nordenstadt jedoch nur als Melkkuh wichtig, um Gewerbesteuer zu erzielen. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordenstadt werden links liegen gelassen. Das Gemeindezentrum beherbergt Ärzte und eine Apotheke. Die Gemeindeverwaltung befindet sich dort. Für die Vereine stehen kostenlos Räume und der große Gemeindesaal zur Verfügung. Die SPD sieht in der Sanierung des Gemeindezentrums eine vordringliche Aufgabe. Wer nicht bereit ist, Geld zur Verfügung zu stellen, ist nicht bereit, zur Lösung beizutragen.

Gerhard Ubersohn

Zeit, Abschied zu nehmen

Nach 4 Wahlperioden und 17 Jahren, die meiste Zeit davon als Sprecherin der SPD-Fraktion, habe ich mich aus dem Ortsbeirat verabschiedet. Ich habe nicht mehr erneut kandidiert, um den Kopf frei zu haben für neue Dinge im privaten Bereich. Es ist an der Zeit, den Nordenstadterinnen und Nordenstadtern, die mich und die SPD in den letzten Jahren unterstützt haben, Dank zu sagen und die vergangenen Jahre Revue passieren zu lassen.

In diesen 17 Jahren sind große und wichtige Projekte für Nordenstadt von der SPD initiiert und vorangetrieben worden. Ich nenne hier als erstes das Gemeinschaftszentrum Turmstraße. Was wären die Vereine ohne dieses Haus, das seinerzeit von der örtlichen CDU sogar aktiv bekämpft wurde? Zu nennen sind auch das Mahnmal für die deportierten Juden, der Bebauungsplan Ortskern-Mitte, die Einführung von Tempo-30-Zonen, die geschwindigkeitsreduzierende Maßnahme am Holzweg, die Fußgängerquerungshilfe an der Konrad-Zuse-Straße, die Sicherung von Schulwegen. Dazu kommen zig kleinere und größere Maßnahmen und Verbesserungen, die auf den ersten Blick

vielleicht wenig bedeutend wirken, aber für den einzelnen Bürger wichtig waren und sind.

Es ist natürlich auch vieles, was wir seit Jahren fordern, stecken geblieben oder noch immer nicht verwirklicht. Manches ist auf gutem Wege, wie der Stadtteilverkehrsplan, manches bedarf noch erheblicher Anstrengungen für die Durchsetzung, wie die seit Jahren von uns geforderte und nun akut gewordene Sanierung des Gemeindezentrums.

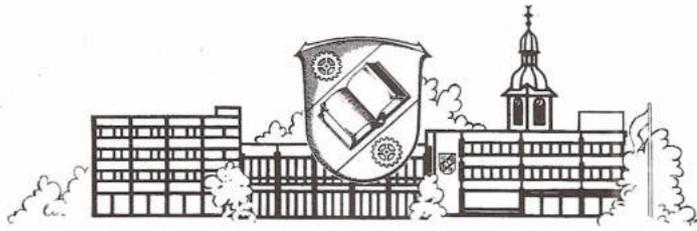
Diese Aufgaben für die Zukunft bewältigen nun meine Nachfolger und ich weiß Ihre Interessen, liebe Mitbürger, dabei in guten Händen. Dr. Gerhard Ubersohn, Klaus-Dieter Jung, Klaus Büttner und Alexander Slotty sind die "neuen Gesichter" im Ortsbeirat (von denen Ihnen allerdings sicher einige bekannt vorkommen). Sie werden mit neuen Ideen in die Arbeit der Ortsbeiratsfraktion einsteigen und sie enorm bereichern. Auch wenn mich das Wahlergebnis für die SPD enttäuscht hat, sehe ich dennoch zuversichtlich in eine gute Zukunft für unseren Stadtteil.

Ihre Gabi Wahler



Martha Panzner - eine echte "Norschterin" - feierte am 3. Juli ihren 89. Geburtstag! Herzlichen Glückwunsch nachträglich. Doch dies allein ist nicht Anlass unserer Nachricht. Martha Panzner ist auch 80 Jahre Mitglied im TuS Nordenstadt. Mit 9 Jahren fing sie als kleines Mädchen mit dem Turnen an und diese Begeisterung ist bis zum heutigen Tage geblieben.

Viele hat sie kommen und auch wieder gehen sehen. Nach wie vor ist sie jeden Dienstag frohen Mutes mit dabei, wenn es heißt, die Beine zu bewegen. Wahrscheinlich ist diese Turnbegeisterung das Rezept ihrer guten Verfassung. Wir gratulieren dem TuS zu solch treuen Mitgliedern und Martha Panzner zu ihrem außergewöhnlichen Jubiläum!



Nordenstadt Nachrichten

30. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Nov./Dezember 2006

Provisorien halten am längsten

Sanierung des Gemeindezentrums in weite Ferne gerückt – Abriss und Neubau ungewisser denn je

Im März 2006 verkündete der Kämmerer der Stadt Wiesbaden, Dr. Müller, das sanierungsbedürftige Gemeindezentrum sollte abgerissen und von einem privaten Investor neu errichtet werden. Unmittelbar nach der Kommunalwahl wollte der Kämmerer detaillierte Pläne vorlegen. Monatslang geschah nichts.

In der Ortsbeiratssitzung am 15. November kam das Thema Gemeindezentrum wieder auf die Tagesordnung. Dr. Müller erhielt Gelegenheit, seine Planungen vorzustellen. Von einem privaten Investor war nicht mehr die Rede. Die Abrissphantasien des Herrn Kämmerers haben sich aber kräftig ausgeweitet. Auch die Kita am Hessenring, ebenfalls sanierungsbedürftig, soll abgerissen werden. Das Kleinsportfeld auf dem Schulgelände ist bedroht. Der Kinderspielplatz Horschheimer Wiese wird in die Planungen einbezogen. Was aber für das gesamte Areal im Einzelnen geplant wird, wurde nicht verraten. Das einzig Konkrete ist die Aussage, dass die Kinder zu viel Raum beanspruchen; durch Mehrfachnutzung bestimmter Flächen könne Raum für andere Zwecke gewonnen werden. Welche anderen Zwecke angestrebt werden, wurde nicht ausgeführt. Falls an die Unterbringung von Gewerbebetrieben gedacht ist oder noch ein zusätzlicher Supermarkt nach Nordenstadt kommen soll, hätte eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt werden müssen. Neue Nutzungen erzeugen neuen Verkehr. Ein Konzept zur Abwicklung des gesteigerten Verkehrsaufkommens gibt es nicht.

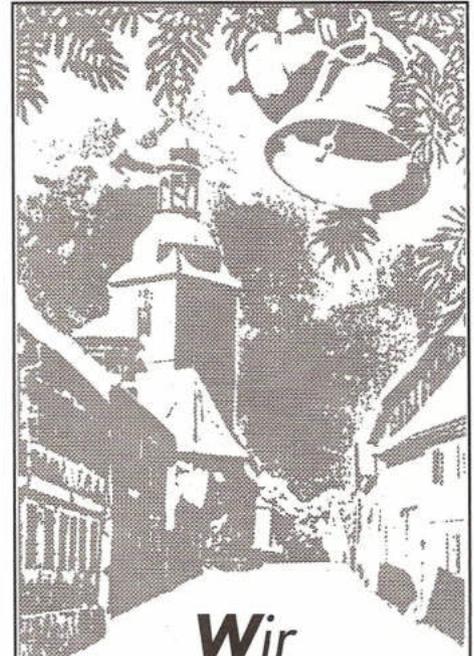
Ein Finanzrahmen für die komplette Neugestaltung von Gemeindezentrum, Kita, Schulhof und Spielplatz existiert nicht. Was denn die anderen betroffenen Dezernenten von den Gedankenspielen des Kämmerers halten, wissen wir nicht. Der angeblich angestrebte Abriss und Neubau des Gemeindezentrums ist deshalb völlig ungewiss.

Würde es sich bei den luftigen Versprechungen des Kämmerers nur um Wahlkampflyrik handeln, wäre dies noch zu verschmerzen. Wirklich ärgerlich ist, dass das Hinausschieben der Sanierung letztendlich die Kosten in die Höhe treibt. Ob dann noch Geld für ein Kinderhaus bleibt, ist fraglich.

Eine grundlegende Sanierung ist in den nächsten zwei Jahren nicht zu erwarten, da keine Gelder in den Haushalt eingestellt wurden. Die Stadt tut nichts. Währenddessen nagt der Zahn der Zeit am Beton. Einige Fenster lassen sich nicht mehr öffnen, etliche Jalousien sind nicht funktionsfähig, die Beleuchtung und die Bodenbeläge müssten erneuert werden.

Die Ärzte und die Apotheke sind bereit, bestimmte Renovierungsmaßnahmen selbst vorzunehmen. Aber verständlicherweise ist niemand bereit, Geld für neue Fenster auszugeben, wenn das Gebäude in fünf Jahren abgerissen wird. Der Kämmerer versicherte jedoch, dass Renovierungen sinnvoll seien. Auch das zeigt, dass mit einem Neubau in den nächsten Jahren nicht ernsthaft zu rechnen ist.

G. Uebersohn



**Wir
wünschen
unseren
Leserinnen
und Lesern ein
friedvolles
Weihnachtsfest
und einen
gelungenen
Start ins Jahr
2007!**



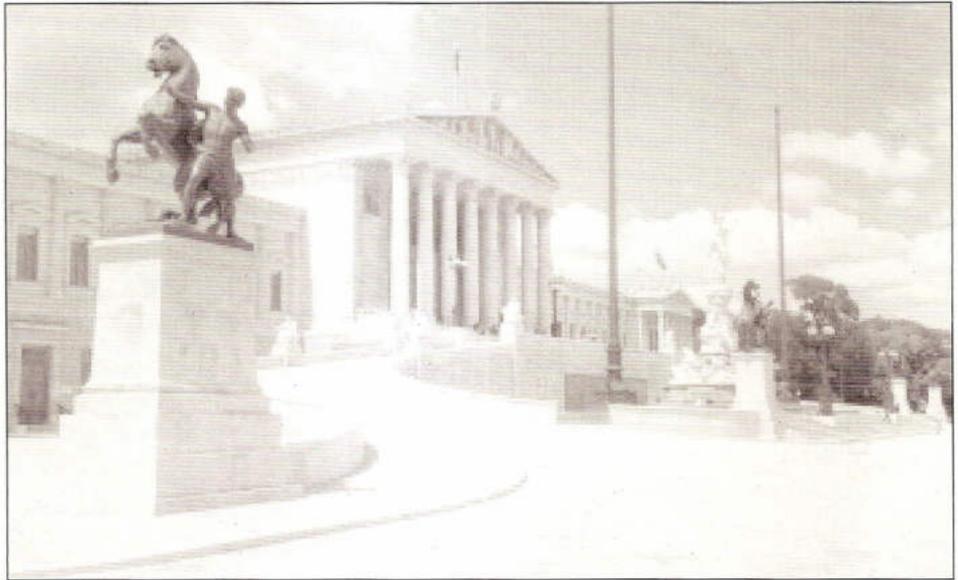
Österreich: Ein Land sucht seine Regierung

Über den Zaun geguckt

Am 1. Oktober haben die Österreicher ihr neues Parlament gewählt - und dennoch weiß kurz vor der Weihnachtspause keiner, wer das Land künftig regieren wird. Aus den Nationalratswahlen ist die sozialdemokratische SPÖ zwar mit knapp 36 Prozent der Stimmen als Wahlsieger hervorgegangen. Doch weder sie noch die 1,5 Prozent dahinter liegende Volkspartei (ÖVP) kann mit nur einem kleinen Koalitionspartner regieren. Ein Dreierbündnis ist nicht in Sicht. Die Bürger haben de facto ein Patt herbeigewählt.

Erinnerungen an die vergangene Bundestagswahl in Deutschland werden da wach. Denn auch in Wien müssen die beiden erbitterten Wahlkampf-Kontrahenten, SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer und Noch-Kanzler Wolfgang Schüssel, sich nun an den Verhandlungstisch setzen: Eine große Koalition ist die einzige Möglichkeit, eine stabile Regierungsmehrheit zu erlangen. Die Bürger nehmen das gelassen, wurde Österreich doch jahrzehntelang von einem rot-schwarzen Bündnis regiert. SPÖ und ÖVP wieder in gemeinsamer Verantwortung - die Mehrheit der Österreicher ist von dieser Idee sogar ange-tan.

Und so war am Wahlabend SPD-Chef Gusenbauer optimistisch, dass eine Regierung unter seiner Führung innerhalb von sechs Wochen stehen könnte. Doch die Realität hat gezeigt, wie schwer sich die beiden Lager mit einer Neuaufgabe von Rot-Schwarz tun: Die Gespräche verlaufen äußerst zäh. Ende Oktober brach Schüssel die Verhandlungen ab, weil das neue Parlament mit den sozialdemokratischen Stimmen zwei Untersuchungsausschüsse eingesetzt hatte, die sich mit Entscheidungen seiner Regierungszeit befassen sollen. Dabei geht es um den Kauf von Eurofightern und verschiedene Bank-affären. Für Schüssel ein Vertrauensbruch des potenziellen Koalitionspartners - eine Haltung, die für viele Beobachter nicht nachvollziehbar war. "Schüssel im Schmollwinkel" spottete die Presse über den Kanzler. Selbst konservative Medien und Parteifreunde forderten eine Kehrtwende, andere sogar offen seinen Rücktritt.



Auch Bundespräsident Heinz Fischer fühlte sich genötigt, in die endlosen Debatten um den künftigen Kurs im Land einzugreifen. Die Geduld der Österreicher sei langsam erschöpft, mahnte er - und forderte von beiden Partnern einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen bis zur Weihnachtspause.

Ob durch den zunehmenden öffentlichen Druck oder die eigenen Karrierepläne - Schüssel werden in Wien Ambitionen auf europäischer Ebene nachgesagt: Gut acht Wochen nach der Wahl ist die Volkspartei zu den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten zurückgekehrt. Die ÖVP-Außenministerin Ursula Plassnik bezeichnete die ersten Gespräche als "sehr sachlich" und betonte, beide Parteien hätten eine "gemeinsame Basis" erarbeitet. Auch der Wiener SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl sagte, die neue Verhandlungsrunde sei "sehr anregend". Ob die Gespräche tatsächlich zu einer Regierungsbildung führen ist noch immer offen. Zu groß sind die politischen Differenzen. Zu den besonders umstrittenen Themen gehört die von der Regierung Schüssel 2002 beschlossene Beschaffung des Eurofighter-Abfangjägers. Die SPD möchte diesen Kauf im Wert von über zwei Milliarden Euro rückgängig machen. Die Reform des Gesundheitswesens, die Neuordnung der Renten und die Abschaffung der Studiengebühren sind weitere Knackpunkte.

Aber auch abseits der Inhalte halten die Streitereien an. So beschuldigten die Konservativen SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer, nicht intensiv genug zu verhandeln. Woraufhin dieser über die Presse verlauten ließ, er sei bereit, ab sofort jeden Tag mit der ÖVP zu beraten - schließlich sei es diese gewesen, die nur einen Termin pro Woche gewollt habe.

So ganz überzeugt scheinen selbst die Parteispitzen von dem Bündnis nicht zu sein. Noch kurz vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der ÖVP hatte Gusenbauer Sondierungen für die Bildung einer Minderheitsregierung begonnen. Das Problem: Experten sagen ihr nur eine kurze Lebensdauer voraus. Auch Schüssel hat sich nach Alternativen umgesehen und mit dem umstrittenen Chef der rechten Freiheitlichen Partei FPÖ, Heinz-Christian Strache, gesprochen. Dieser erteilte der Bildung einer rechts-konservativen Koalition nach dem Vorbild der noch amtierenden Regierung Schüssel einen Korb.

So wird den beiden Volksparteien wohl nichts anderes übrig bleiben, als weiter nach einem Kompromiss zu suchen. Denn Neuwahlen fürchten beide, auch wenn Umfragen der SPÖ und den Grünen für diesen Fall deutliche Zugewinne vorhersagen, die erstmals rot-grün in Wien ermöglichen könnten.

jk

Studiengebühren

Studiengebühren • Studiengebühren

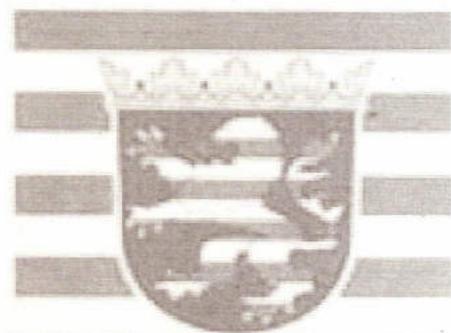
Die CDU-Mehrheit im Hessischen Landtag hat sich über die studentischen Proteste genauso hinweggesetzt wie über den Wortlaut der Hessischen Verfassung als sie Anfang Oktober das so genannte Studienbeitragsgesetz verabschiedete. Laut diesem von der CDU Mehrheit beschlossenen Gesetz müssen Studierende ab dem kommenden Wintersemester mindestens 500 Euro für jedes Semester zahlen - und dafür wenn nötig sogar einen Kredit aufnehmen. Erfahrungen aus anderen Ländern legen nahe: 500 Euro sind erst der Anfang.

Artikel 59 der Hessischen Verfassung:
"In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muß vorsehen, dass für begabte Kinder sozial schwächer gestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind. Es kann anordnen, dass ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet."

Die Hessische Verfassung ist eine der wenigen in Deutschland, die vom Volk beschlossen wurde - vor genau 60 Jahren. Ihr Artikel 59 verbietet Gebühren an "allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen". Als einzige Ausnahme gestattet die Verfassung Gebühren für diejenigen, die sich solche leisten können. Die CDU-Landesregierung macht in ihrem Studienbeitragsgesetz nun die Ausnahme zur Regel. Der Staatsgerichtshof hat die Gebührenfreiheit in früheren Entscheidungen stets als einklagbares soziales Grundrecht gesehen. Nach dem Willen der Landesregierung bliebe dieses in Deutschland einmalige Grundrecht ohne jede Wirkung. Ist dieser Damm einmal gebrochen, ist es nicht weit etwa zu Gebühren für den Schulbesuch.

Um dieses Gesetz zu Fall zu bringen haben sich SPD, Gewerkschaften, Studienverbände und Elternorganisationen zu dem einzig gangbaren Schritt entschlossen eine Klage vor dem Staatsgerichtshof anzustrengen. Nach Artikel 131 der Hessischen Verfassung muss die Klage von mindestens einem Hundertstel aller stimmberechtigten Hessen unterstützt werden, was derzeit einer Zahl von gut 43.000 Bürgerinnen und Bürgern entspricht. Mit Klagen können alle deutschen Staatsbürger, die mindestens 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in Hessen haben.

HESSEN



RECHT

Mit dem Verfahren der abstrakten Normenkontrolle gibt die Hessische Verfassung den Bürgern das Recht, Gesetze gerichtlich überprüfen zu lassen. Mit Ihrer Unterschrift benennen Sie Vertrauenspersonen, die die Klage einreichen und alles Nötige veranlassen. Das Unterschreiben und die amtlichen Bescheinigungen sind kostenlos. Sie verpflichten sich zu nichts, aus der Klageerhebung können keine Nachteile entstehen.

Weitere Informationen und Anträge zur Unterstützung der Klage können unter www.verfassungsklage-bildung.de oder bei der Redaktion der Nordenstadt Nachrichten bezogen werden.

WW

Hände weg von Mechtildshausen!

Eine dringliche Anfrage der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung brachte an den Tag, was wohl noch länger im Verborgenen verhandelt werden sollte: der Umzug des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa nach Wiesbaden hat gravierende Folgen für die Landeshauptstadt. Zusätzlicher Flächenbedarf für weitere amerikanische Wohnsiedlungen in der Größenordnung von 42 Hektar soll offenbar vorwiegend rund um den US-Flugplatz Erbenheim befriedigt werden. Besonders beunruhigend:



ein großer Teil der vom US-Militär gewünschten Flächen wird zurzeit von der Domäne Mechtildshausen bewirtschaftet. Für die umwelt- und sozialpolitische Mustereinrichtung könnte ein solcher Flächenverlust wohl kaum zu verkraften sein. OB Diehl (CDU) und Planungsdezernent Pös (FDP) müssen endlich die Karten offen auf den Tisch legen und sagen, zu welchen Konzessionen sie für die Stadt Wiesbaden bereits Zustimmung signalisiert haben.

Es muss endlich offen mit der Bevölkerung diskutiert werden, wie die Ansprüche der US-Streitkräfte und die berechtigten Interessen der Menschen im Wiesbadener Osten unter einen Hut gebracht werden können. Mit der Preisgabe der Domäne Mechtildshausen und einer Totalabschottung weiterer großer Gebiete für den Freizeitverkehr ist das jedenfalls nicht zu machen.

R.A.

BLICKPUNKT >●< NORDENSTADT

Besinnlich und heiter

Besinnlich und heiter war die Veranstaltung, die von den Ortsvereinen der SPD und der AWO am ersten Adventswochenende für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Nordenstadt angeboten wurde. Der SPD-Vorsitzende Dr. Gerhard Uebersohn begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und stellte fest, dass dieser adventliche Seniorennachmittag bereits das stolze Alter von 30 Jahren erreicht hat. In all den vergangenen Jahren war es immer wieder gelungen, mit unterschiedlichen Programmen die Besucher zu erfreuen und zu unterhalten. Auch in diesem Jahr war mit dem Auftritt der "Moldau Schrammeln" und deren Sängerin M. Pertsch genau die richtige Mischung aus nachdenklich, heiter und besinnlicher Stimmung getroffen. Es war den Gästen anzusehen, dass es ihnen gefallen hat.

Wolfgang Stasche, der Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden, hat in diesem Jahr seine Enkeltochter mitgebracht, die sich unter den älteren Besuchern wohl fühlte und die den Beweis erbrachte, dass der angebotene Streuselkuchen auch Kindern vorzüglich schmeckt.

Ernst-Ewald Roth, der Oberbürgermeisterkandidat der SPD, brachte in seinem Grußwort zum Ausdruck, dass er der Einladung zu diesem Seniorennachmittag gern gefolgt sei und die Gelegenheit nutzen wolle, den Gästen eine besinnliche und friedvolle Weihnachtszeit zu wünschen.

Jochen Stiller las eine nachdenklich, heitere Weihnachtsgeschichte vor und die "Moldau Schrammeln" stimmten zum Schluss mit allen Gästen traditionelle Weihnachtslieder an. Kaffee und Kuchen hatten geschmeckt, der Wein war wohl temperiert und süffig und Hans-Dieter Heemann umrahmte wie jedes Jahr die Veranstaltung in bewährter musikalischer Weise.

Ein angenehmer Nachmittag, den die Gäste gut gelaunt und mit einem kleinen Präsent mit den Worten verließen: "Schön war's, wir kommen im nächsten Jahr gern wieder."

Volkshochschule vor Ort: Neues Programm erschienen

Erwachsenbildung vor Ort, das ist das erklärte Ziel der Arbeit des vbw Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim. Bildung vor Ort, das heißt nicht nur, dass man Kurse und Veranstaltungen "vor der Haustür" anbietet, sondern auch, dass man Themen aufgreift, die mit Leben "vor Ort" zu tun haben. So auch, wenn das vbw im Wiesbadener "Jahr des Historismus" Veranstaltungen zu diesem Thema anbietet:

Am 27. März wird Prof. Kiesow einen Vortrag über den "Historismus auf dem Lande" halten, wo es um die Ausstrahlung dieses Baustils auf das ländliche Umfeld Wiesbadens gehen wird. Diesem Thema wird weiter nachgegangen, wenn am 30. März der Delkenheimer Ländchesdom besichtigt wird oder am 11. Mai, wenn ein Rundgang "Nordenstadt in der Kaiserzeit" stattfindet. Das hinter der prachtvollen Fassade der Kaiserzeit sich viel Armut und Elend verbarg, wird am 26. April in einem Vortrag "Kaiser und Untertan" und am 16. März bei einer Führung durch das Industriemuseum Rüsselsheim deutlich werden. All diese Veranstaltungen gehören zum Semester-schwerpunktthema "Geschichte und Geschichten", genauso wie das Nordenstadter Literaturcafé, das sich ab dem März monatlich in der "Äbbelwoiwirtschaft" im Nordenstadter Heimatmuseum bei Kaffee und selbst gebackenem Kuchen trifft.

Was gibt es sonst noch in dem neuen Programm? Wieder die beliebten Sprachkurse, vom Business-English bis zum Wochenendkompaktkurs "Spanisch für den Urlaub". Die EDV-Kurse werden für verschiedene Zielgruppen zugeschnitten, die es schnell und bündig am Wochenende lernen wollen, finden hier genauso das Passende wie solche, die es langsamer angehen wollen und extra viel Zeit zum üben wünschen.



vbw
ihre Volkshochschule vor Ort

PROGRAMM
1. HALBJAHR 2007

Gesellschaft
Beruf
Sprachen
Gesundheit
Kultur
Spezial

vbw Nordenstadt-
Erbenheim-Delkenheim
vbw Bierstadt

Die Gesundheitskurse werden wieder schnell ausgebucht sein, genauso wie die Kochkurse, hier heißt es, sich schnell anzumelden, wenn man noch einen Platz beim "Yoga- und Atemworkshop" oder in der Kochschule "Fisch und Krustentiere" finden will.

Das Programm wird Anfang Januar an alle Haushalte verteilt und ist schon jetzt im Internet unter www.vbw-ned.de zu finden, wo man schnell und problemlos die gewünschten Kurse buchen kann. Natürlich kann man sich auch telefonisch einschreiben (06122-12918) oder man schaut einfach mal in der vbw-Geschäftsstelle vorbei, im Haus der Vereine (Gemeinschaftszentrum), Turmstraße 11 - das vbw-Team freut sich auf Sie!



IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Dr. Gerhard Uebersohn,
Mecklenburger Straße 81

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Gerich Druckerei,
Wilhelm-Tropp-Straße 13-15
65203 Wiesbaden